

**Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
des BA 21 (Pasing-Obermenzing) für die Sitzung am 06. März 2012**

Erhalt von Standesamt und Versicherungsamt in Pasing

Antrag:

1. Der BA 21 Pasing-Obermenzing fordert im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung nachdrücklich gerade angesichts der großen Veränderungen im Münchner Westen wie die erhebliche Bevölkerungszunahme durch die Bebauung von Freiham weiterhin die Beibehaltung des Standesamtes und des Versicherungsamtes im Pasinger Rathaus.
2. Der BA 21 fordert bei allen Fragen einer Änderung der Verwaltungsorganisation im Pasinger Rathaus die Beteiligung, zumindest in Form einer Anhörung.
3. Der BA 21 fordert den Kreisverwaltungsreferenten auf, Stellung zu nehmen zu den Gerüchten, dass Standesamt und Versicherungsamt aus Pasing abgesiedelt werden sollen.
4. Sofern eine Änderung der Verwaltungsstruktur im Pasinger Rathaus in Betracht gezogen wird, fordert der BA um Darlegung der Gründe, die eine Änderung der Beschlusslage von 1997 rechtfertigen.

Begründung:

Bereits zwischen 1995 und 1997 gab es seitens des Münchner Kreisverwaltungsreferats Bestrebungen, das Pasinger Standesamt aufzulösen. Auch damals wurde der BA erst nach vehementen Protesten unter anderem auch auf verschiedenen Bürgerversammlungen angehört.

Auch wenn es aus heutiger rechtlicher Bewertung nur von geringer Relevanz ist, so weist der BA 21 erneut darauf hin, dass schon im Eingemeindungsvertrag aus dem Jahr 1938 zwischen Pasing und München der ehemaligen Stadt Pasing ein Sonderstatus eingeräumt wurde. Schon in diesem Vertrag ist ausdrücklich vorgesehen, dass ein Standesamt in Pasing eingerichtet wird.

Nach langem Ringen konnten damals die Argumente aus dem Münchner Westen überzeugen. Mit den Stimmen von SPD, CSU, FDP und OB Christian Ude wurde die Funktion des Pasinger Rathauses gesichert. Es stellt sich daher die Frage, welche Veränderungen seither eingetreten sind, die eine Abänderung dieser Beschlusslage rechtfertigen könnten.

Immer wieder wird in den letzten Wochen berichtet, das Kreisverwaltungsreferat wolle Standesamt und Versicherungsamt aus Pasing absiedeln. Der Kreisverwaltungsreferent selbst hat auf unmittelbare Nachfragen bisher nicht reagiert. Daher erscheint es notwendig, mit diesem Beschluss die Haltung des örtlichen Bezirksausschusses zu verdeutlichen.

Sollten sich die Gerüchte bewahrheiten, so verdeutlicht der BA mit diesem Beschluss bereits vorsorglich, dass er weder mit Verfahren noch Inhalt in irgendeiner Art und Weise einverstanden ist. Es ist nicht vermittelbar, einerseits stets die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung und die Ortsnähe kommunaler Dienstleistungen im Munde zu führen, andererseits aber bürgernahe und intakte Serviceangebote auszudünnen bis hin zur Auflösung.

Ingrid Standl
Fraktionsprecherin
Bündnis 90/
Die Grünen

Frieder Vogelsong
Fraktionssprecher
CSU

Herbert Brüser
Fraktionssprecher
FDP

Richard Roth
Fraktionssprecher
SPD